Systemwechsel critica

Zeitung von dielinke.SDS
(Sozialistisch–Demokratischer
Studierendenverband)
Ausgabe Nr. 27 / 2021

Zukunft wird gemacht!

Warum es so nicht weitergehen muss S.2-3

Entweder sozial oder ökologisch? Nicht mit uns! S. 4

„Wir wollen kein Stück vom Kuchen, sondern Baklava für alle!“ S. 9

Leave No One Behind.
Weshalb offene Grenzen kein linker Traum sind. S. 16

Inhaltsverzeichnis

S. 4 Entweder sozial oder ökologisch? Nicht mit uns!
S. 5 Von der Protestpartei zum grünen Establishment
S. 6 Eine neue Dynamik an den Hochschulen
S. 7 Lage an den Hochschulen: Corona, Krise - und JETZT?
S. 8 Interview mit Shoan Vaisi von DIE LINKE NRW
S. 9 Neue antirassistische Bewegung
S. 10-11 Was sozialistische Politik heute bedeuten kann
S. 12 Zwischen Identitätspolitik & Klassenkampf
S. 13 Aufbruch zur Utopie des Wohnens
S. 14 Der feministische Kampf um gerechte Entlohnung
S. 15 Vier Mythen über Staatsverschuldung und öffentliche Investitionen
S. 16 Wie die EU das Friedensprojekt verspielt
S. 17 Warum offene Grenzen kein linker Traum sind
S. 18 Systemwechsel-Interview mit Disarstar
S. 19 Kulturrezensionen

Zukunft wird gemacht!

Das Meer brennt. Deutschland wird von einer Flutkatastrophe heimgesucht. Milliardär*innen liefern sich ein Wettrennen ins All. Hört sich wie ein schlechter Witz an, ist aber bittere Realität. Warum es so nicht weitergehen kann, erklären **Marlen** und **Lea**.

Mach mit beim SDS!

Impressum

critica: Semesterzeitung von dielinke.SDS Nr. 27/2021, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Redaktion: Viviane Baginska, Marvin Block, Marlen Borchardt, Zoë Dackweiler, Felix Diener, Kenja Felger, Paul Fürst, Lukas Geisler, Luca Greiner, Lucie Hammer, Ramsis Kilani, Lea Klingberg, Jary Koch, Nam Duy Nguyen, Darian Nöhre, Paula Schirmer, Lena Schmidt, Fiona Schwindt, Leo Späth, Carlo Ströning, Meike Völker, Lina Zaater
Layout: Pia Chwalczyk
Illustrationen: Pia Chwalczyk
Cover: Pia Chwalczyk
Druck: Nordost-Druck, Flurstraße 2, 17034 Neubrandenburg
ViSdP: Jary Jaben Koch, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Anzeigen und Bestellungen: critica@linke-sds.org
www.linke-sds.org

Während mehrere Regionen der Welt von Naturkatastrophen getroffen werden, haben Jeff Bezos und Richard Branson nichts Besseres zu tun, als für zig Millionen Euro in den Weltraum zu fliegen. Sie stellen ihren auf Kosten anderer angehäuften Reichtum zur Schau. Im Kontrast zur finanziellen Not, in der sich viele Menschen nicht zuletzt aufgrund der Covid19-Pandemie befinden, wirkt das besonders pervers.

Doch die schlechten Nachrichten reißen nicht ab, denn nicht nur das Klima befindet sich im Notstand. Jüngst haben die rassistischen Ausschreitungen nach dem EM-Finale in England deutlich gezeigt, dass ein sicheres Leben für People of Color und Schwarze noch immer nicht möglich ist. Und während Deutschland in den Urlaub fliegt, stehen viele Länder, denen bisher kein Impfstoff zugestanden wurde, vor schwindelerregenden Infektionszahlen und überlasteten Krankenhäusern.

Die Liste ließe sich ewig weiterführen. Aktuellen Umfragen zufolge müssen wir trotzdem davon ausgehen, dass nach der Bundestagswahl im September weiterhin die CDU regieren wird, welche diese Zustände in den letzten 16 Jahren nicht nur geduldet, sondern auch befeuert hat. Uns läuft die Zeit davon. Wir müssen jetzt handeln.

Unsere Generation, unsere Bewegungen

Vielen jungen Menschen ist diese Dringlichkeit bereits bewusst. Unsere Generation drängt mehr als je zuvor auf Veränderung. *Fridays for Future* und *Black Lives Matter* brachten in den letzten Jahren Millionen von Menschen auf die Straße. In politische Maßnahmen wurden ihre Forderungen jedoch nicht übersetzt. Deswegen belassen es immer mehr Aktivist*innen nicht mehr bei Demonstrationen oder Protestaktionen, sondern suchen nach anderen Wegen, um sich Gehör zu verschaffen. Einige von ihnen versuchen den nötigen Wandel durch ökonomischen Druck, Initiativen und klare Ziele selbst herbeizuführen.

So sind im Zuge der Kampagne *Deutsche Wohnen und Co. Enteignen* hunderte Mieter*innen aktiv geworden, die sich nicht länger mit Wohnungsnot und steigenden Mieten abfinden wollen. Während der Tarifrunde Nahverkehr streikten im Herbst 2020 Klimaaktivist*innen Hand in Hand mit Beschäftigten und Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen sowie einen Ausbau des ÖPNV. Die Pflegebewegung zeigt, dass Menschen bereit sind, für ein menschenwürdiges Gesundheitssystem zu kämpfen. Auch an den Unis nehmen sich Studierende die Kämpfe der letzten Jahre zum Vorbild und treten bundesweit für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte ein. Diese Beispiele machen deutlich, dass der Widerstand gegen die Auswirkungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht nur wächst, sondern auch Erfolg hat, wie im Verlauf dieser Ausgabe aufgezeigt wird. Grund genug, einen Systemwechsel anzugehen.

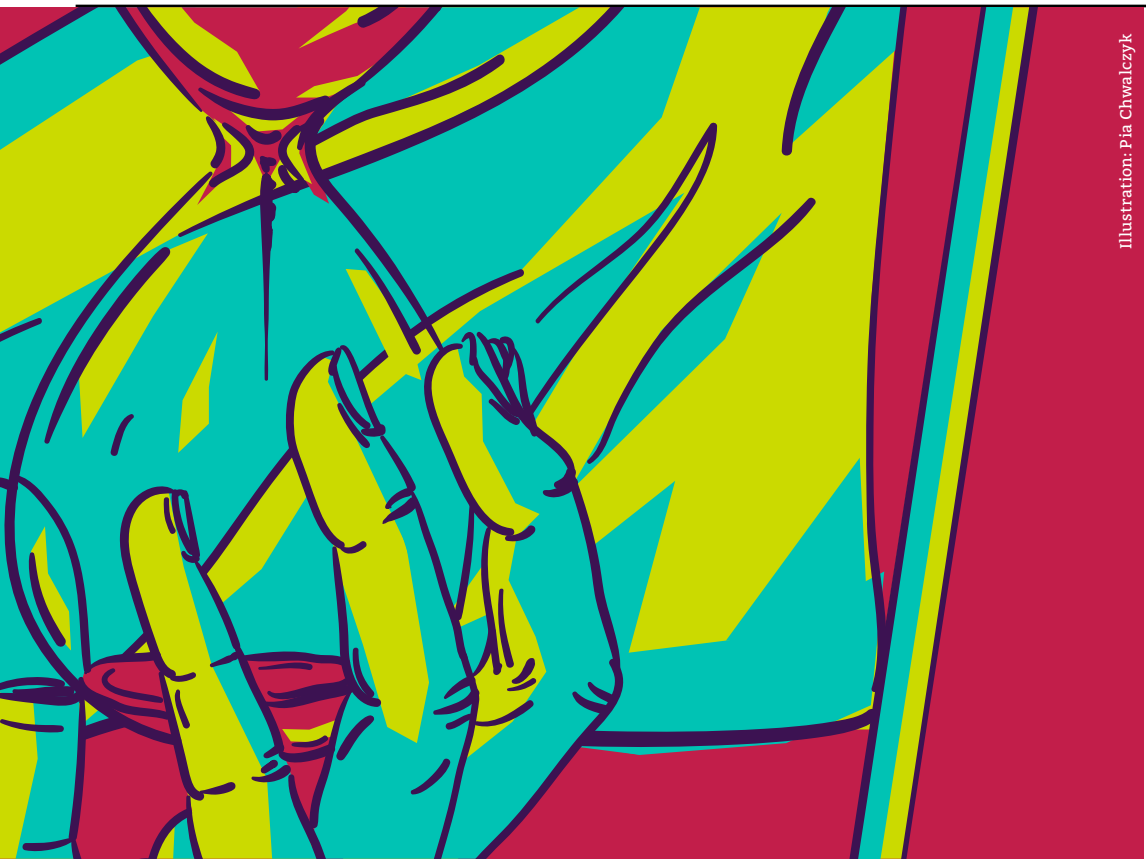


Illustration: Pia Chwalczyk

Her mit dem Systemwechsel!

Als sozialistischer Studierendenverband kämpfen wir für eine gerechtere Zukunft, in der Gesundheit und Wohnen nicht dem Wettbewerb eines unberechenbaren Marktes überlassen werden. Wir streiten für eine Gesellschaft, die das Wohl von Mensch und Natur ins Zentrum stellt. Der durch den Neoliberalismus gezeichneten Ellenbogengesellschaft setzen wir einen solidarischen Gesellschaftsentwurf entgegen. Aber um diesen zu verwirklichen, braucht es einen grundlegenden Wandel – einen Systemwechsel. Doch so allgegenwärtig das Thema des system change vor allem seit *Fridays vor Future* ist, so viele Fragen sind bisher auch offengeblieben.

Systemwechsel ist ein Vorhaben, das mehr von uns fordert, als nur das richtige Kreuz bei der nächsten Bundestagswahl. Systemwechsel ist ein Projekt der Vielen und wird durch Bewegung und Entschlossenheit bestimmt. Parlamente können dabei nur eine untergeordnete Rolle spielen. Die Orte, an denen wir für einen gesellschaftlichen Wandel streiten müssen, sind andere. Denn bisher bestimmen in erster Linie die Interessen der Konzerne den Lauf der Dinge. Wie schaffen wir es also, diese Macht zu brechen?

Die Bewegungen der letzten Zeit haben uns gezeigt, dass der Kampf dort stattfinden muss, wo wir leben, arbeiten und auch studieren. Indem wir uns an unseren Arbeitsplätzen, in den Wohnvierteln, Unis und Schulen zusammenschließen und dort kämpfen, wo wir die Last des Systems am stärksten spüren, können wir die Probleme an der Wurzel packen.

Wir dürfen keine Minute länger warten, sondern müssen nun selbst zur Tat schreiten. Doch das geht nur, wenn wir Momente der Trennung überwinden und uns auf das Gemeinsame konzentrieren. Niemand von uns gehört zu denen, die aktuell über den Fortgang unserer Gesellschaft entscheiden. Dies müssen wir ändern, indem wir um echte demokratische Mitbestimmung ringen.

In diesem Sinne organisieren wir uns in der LINKEN als Partei und dem SDS als ihrem Studierendenverband. In den Hochschulen, auf der Arbeit oder im Viertel wollen wir Orte schaffen, an denen Menschen aus unterschiedlichen Lebenskontexten zusammenfinden und für die gleichen Ziele kämpfen. Wir wollen Orte schaffen, die durch die Menschen geprägt und gestaltet werden; Orte, die ihnen Kraft geben; Orte, die Aktionen, Diskussionen und Kreativität fördern. Auf diese Weise können wir eine Partei gestalten, die mehr darstellt als einen Verein von Interessenvertreter*innen, sondern einen Raum, in dem Menschen aktiv werden und der sie befähigt, für ihre Interessen einzustehen. Wenn wir den Entwicklungen unserer Zeit nicht einfach nur ausgeliefert sein wollen, müssen wir uns organisieren und unsere Kämpfe zusammenführen. Zukunft ist machbar. ★

Lea Klingberg und **Marlen Borchardt** studieren Medienwissenschaft in Bonn und Geschichte in Leipzig. Systemwechsel ist für sie wie Nazis boxen - etwas anstrengend, aber muss schon sein.

Grußwort von Janine Wissler, Spitzenkandidatin der LINKEN

System change. Schluss mit der Politik der verlorenen Zeit

Es geht um viel in diesem Wahljahr. Die Pandemie hat den Pflegenotstand, die Spaltung in der Arbeitswelt und die krasse Bildungsungerechtigkeit in diesem Land noch deutlicher gemacht. Corona hat für viele junge Menschen zu einem Leben in der Warteschleife geführt. Viele Studierende haben ihre Nebenjobs verloren und können die hohen Mieten nicht mehr zahlen. Die Klimakrise ist kein fernes Horrorszenario, sondern schon jetzt eine soziale Katastrophe für viele Menschen. Schluss mit der Politik der verlorenen Zeit – beim Klimaschutz, bei der Bildung und bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, bei der Bekämpfung von Armut und Pflegenotstand. Als LINKE treten wir an, um die Gesellschaft zu verändern.

Notwendig ist eine mutige, eine radikale und realistische Politik. Es geht nicht nur um kleine Korrekturen, sondern um einen Systemwechsel hin zu sozialer und Klimagerechtigkeit. Denn beides gehört untrennbar zusammen. Wir wollen nicht zurück zum kapitalistischen Normalzustand vor Corona, sondern hin zu einer Gesellschaft, in der Solidarität und Gerechtigkeit keine leeren Versprechen sind. Eine Gesellschaft, in der Menschenwürde und der Schutz von Klima und Umwelt zählen, und nicht der Profit weniger. Eine Gesellschaft, in der der Zugang zu Bildung nicht davon abhängt, in welche Familie ein Kind geboren wird. Eine solidarische Gesellschaft ohne Rassismus und Diskriminierung.

Bei dieser Wahl geht es um einen bundesweiten Mietendeckel, um Klimaschutz und mehr Geld für Bildung statt für Aufrüstung, um eine soziale Mindestsicherung von 1200 Euro. Um das durchzusetzen, brauchen wir nicht nur eine starke LINKE im Bundestag, sondern vor allem starke soziale Bewegungen und außerparlamentarischen Druck.

Foto: by Li-An Lim on Unsplash

Entweder sozial oder ökologisch? Nicht mit uns.

Marvin und **Gösta** plädieren dafür, die soziale und die ökologische Frage immer zusammenzudenken. Klima- und Gewerkschaftsbewegung sollten gemeinsam für ein gutes, nachhaltiges Leben und Umverteilung sorgen. Mit ökologischen Klassenkämpfen zum guten Leben für alle!

Die weltweiten Wetterkatastrophen der vergangenen Wochen, auch direkt bei uns vor der so sicher geglaubten Haustür, haben gezeigt, wie dringend notwendig der Klimaschutz ist. Frühere Versäumnisse sind Ursache von zunehmenden Extremereignissen, weil Profite über sozialer Gerechtigkeit standen. Um eine weltweite Klimakatastrophe zu vermeiden, wird es nicht reichen, den globalen Kapitalismus nur grün anzumalen. Abgaben auf CO2-Emissionen erhöhen nur die soziale Ungerechtigkeit. Sie belasten den größten Teil der Bevölkerung durch steigende Heizkosten, während die Wohlhabenderen die Preiserhöhungen leicht verkraften. Anstatt die zerstörerische Produktion zu begrenzen und umzubauen, zahlen die Konsument*innen den Preis: Das ist sozial ungerecht und führt zu einem stetigen Auseinanderdriften von Arm und Reich. Es wird auch keine Dauerlösung sein, den Individualverkehr auf Elektrizität oder Wasserstoff umzustellen. Viel mehr heißt es den Öffentlichen Nahverkehr weiter auszubauen und kostenlos anzubieten, damit er auch attraktiv wird. Auch das schafft Arbeitsplätze.

Für konsequenten Klimaschutz müssen wir weiter an die Konzerne heran. Der Übergang in eine klimagerechte Zukunft darf nicht auf Kosten der Allgemeinheit geschehen. Ein Rettungsschirm mit Job- und Einkommensgarantien, dazu Viertage-Woche, Lohnausgleich und Weiterbildungsmöglichkeiten sichern die Beschäftigten finanziell ab. Dafür müssen wir die Verursacher*innen der Klimakrise, nicht die Verbraucher*innen zur Kasse bitten.

Damit dies gelingt, müssen wir als gesellschaftliche Linke Gegenmacht aufbauen. Kein Entweder-oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch: Die Klimafrage und internationale soziale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen. Sie gegeneinander auszuspielen, nutzt nur den Herrschenden. Statt auf ein Primat des Klimaschutzes oder die Absicherung der jetzigen (Arbeits-)Verhältnisse zu pochen, sollten wir für sozial-ökologische Lösungen kämpfen. Statt auf die Expertise und Vernunft der Politiker*innen zu setzen, sollten wir uns in der Uni, im Stadtteil oder im Betrieb organisieren, um stärker zu werden.

Eine klimaneutrale Industrie bis 2035 ist also möglich, ohne dass allgemeiner Wohlstand auf der Strecke bleibt. Aber wir müssen mit starken Widerständen von denjenigen rechnen, die vom Status Quo profitieren. Die Aufgabe der nächsten Jahre wird sein, die linken Kräfte gemeinsam mit Gewerkschaften und der Klimabewegung zusammenbringen. Auf diese Weise bauen wir ökologische Klassenkämpfe auf, die das Leben zugleich lebenswerter machen: Für einen kostenlosen ÖPNV für alle, eine Arbeitszeitverkürzung und gut bezahlte und ökologische Arbeitsplätze.

Die gemeinsame Kampagne von *Fridays For Future*, des Studierendenverbandes SDS und ver.di im vergangenen Jahr hat gezeigt, wie dies gelingen kann: Klimaaktivist*innen unterstützten den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im ÖPNV. Die Kolleg*innen von ver.di positionierten die Forderung nach einer grundlegenden Verkehrswende prominent in ihrer Tarifrunde.

Das Märchen von Arbeitsplätzen vs. Klimaschutz überlassen wir der schlafenden Politik von Union und SPD. Wir kämpfen dafür, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen für alle lebenswerter werden und der Wandel von denjenigen bezahlt wird, die vom zerstörerischen Ist-Stand profitieren! ★

Marvin Block ist 25 Jahre alt, studiert auf Lehramt in Flensburg und ist seit 2021 Schatzmeister des SDS. **Lorenz Gösta Beutin** ist seit 2017 Mitglied des Bundestages und klimapolitischer Sprecher der Linksfraktion.

Foto: by Claudio Schwarz on Unsplash

Von der Protestpartei zum grünen Establishment

Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur Verwaltung des Status Quo: Auch wenn die Grünen sich längst von ihren linken Wurzeln entfernt haben, hält sich ihr Ruf als fortschrittliche Partei. **Lena S.** argumentiert, dass das Projekt der ökologischen Modernisierung des Kapitalismus keine Klimagerechtigkeit herstellen kann.

Auf wundersame Weise halten die Grünen in großen Teilen der Gesellschaft ihren Ruf als friedliche, soziale und ökologische Kraft schlechthin. Dieser hat historisch betrachtet einen reellen Kern: Die Grünen gründeten sich 1980 als kleine Randpartei mit radikalen ökologischen und pazifistischen Forderungen, 1993 erfolgt die Vereinigung mit dem ostdeutschen Bündnis 90. Auf der Agenda stand unter anderem die Zerschlagung von Großkonzernen. Für die heutigen Grünen, die Spenden von Großkonzernen annehmen, eine undenkbare Forderung.

Im Jahr 2002 verabschiedeten sich die Grünen mit einem neuen Grundsatzprogramm endgültig von ihren ehemaligen pazifistischen Idealen, indem sie „völkerrechtlich legitimierte Gewalt“ gegen „völkermörderische oder terroristische Gewalt“ nicht mehr ausschließen. Bereits 2001 trugen sie den Afghanistan-Einsatz mit. Heute spricht sich der Co-Parteivorsitzende Robert Habeck für die Lieferung von „Defensivwaffen“ an die Ukraine aus.

Das Projekt grüner Modernisierung, das Bündnis 90/Die Grünen verfolgt, suggeriert eine mögliche Bewältigung der Klimakrise durch technische Innovationen und politische Reformen. Doch ohne eine Überwindung des kapitalistischen Systems wird Klimagerechtigkeit nicht möglich sein, denn der Kapitalismus ist vom Drang zur ständigen Akkumulation geleitet. Und damit steigt das Maß der Ausbeutung von Mensch und Natur - technischer Fortschritt hin oder her.

Beispielhaft für diesen Zusammenhang ist die E-Mobilität. Die Grünen setzen sich zum Ziel, „dass die deutschen Autos auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig bleiben und wir ökonomischen Erfolg und ökologische Zukunft miteinander verbinden“. Eine Zunahme an E-Autos als Teil der Lösung? Mehr E-Autos bedeuten zunächst einmal einfach nur mehr Autos und damit mehr Verkehr und einen höheren Ausstoß klimaschädlicher Gase. Die Herstellung der Batterien ist CO2-intensiv, der Strom für das Aufladen stammt zum Großteil aus nicht-regenerativen Quellen, die Abhängigkeit von endlichen Rohstoffen wie Kupfer und Lithium nimmt zu, Arbeiter*innen werden ausgebeutet. Die Autoindustrie ankurbeln und gleichzeitig Klimagerechtigkeit herstellen? Ein grünes Märchen.

Auch unter einer Beteiligung der Grünen wird sich die Bundesregierung nicht ausreichend mit der Klassenperspektive in der Klimapolitik auseinandersetzen. Die finanzielle Belastung von Menschen mit geringem Einkommen wird wesentlich stärker ausfallen als die der Gutverdienenden. Selbst bei den „radikaleren“ Maßnahmen im Wahlprogramm der Grünen ist es wahrscheinlich, dass die Forderungen zum Beipsiel in einer schwarz-grünen Koalition nicht umgesetzt werden. Werfen wir nur einen Blick in den Dannenröder Forst in Hessen, in dem die Grünen die Abholzung zugunsten weiterer Autobahnkilometer gebilligt haben. Wir stecken fest, während die Klimakrise eskaliert.

Sozial-ökologischen Fortschritt zu schaffen hieße beispielsweise den ÖPNV auszubauen, ihn zum Nulltarif bereitzustellen und für einen Umbau der Autoindustrie zu kämpfen. Statt den Status quo mit E-Mobilität, weiteren Autobahnen und schleppender Energiewende aufrecht zu erhalten, brauchen wir eine politische Kraft, die den Kapitalismus überwinden will und dafür Gewerkschaften und Klimabewegung vereint.

Es stellt sich die Frage: Gelingt es der LINKEN mit einem ökosozialistischen Programm, das einen Eingriff in die Eigentumsverhältnisse und die Senkung des Ressourcen- wie Energieverbrauchs zum Ziel hat, die Breite der Gesellschaft mitzunehmen? Gelingt es ihr, große Streiks und Proteste mitaufzubauen? Alle, die sich für einen grundlegenden System-Change einsetzen, sollten gemeinsam daran arbeiten, diese Vision einer wirklich demokratischen Gesellschaft zu verbreiten.★

Lena-Johanna Schmidt (25) ist seit 2019 im SDS Gießen und in DIE LINKE aktiv. Sie hat Ökotrophologie studiert und arbeitet im Gesundheitswesen.

Eine neue Dynamik an den Hochschulen

Unter dem Hashtag #ichbinhanna machen zur Zeit zahlreiche Wissenschaftler*innen ihrer Wut über prekäre Arbeitsbedingungen Luft. Gleichzeitig streiten studentische Beschäftigte für einen Tarifvertrag – den TVStud. Aktive berichten.

Bundesweit entwickelt sich zurzeit eine neue Dynamik an den Hochschulen und Universitäten. In den sozialen Netzwerken finden sich unter #ichbinhanna Berichte aus dem Wissenschaftsbetrieb. Dabei kritisieren sie konkret ein Erklärvideo des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Darin wird die Befristungspraxis für Wissenschaftler*innen gerechtfertigt. Die Beschäftigten wollen die ewige Befristung und Unterfinanzierung, die Individualisierung der politischen Probleme und die Überbelastung nicht länger hinnehmen.

In der TVStud-Bewegung organisieren sich Studentische Hilfskräfte und Tutor*innen im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen. In Deutschland arbeiten weit über 300.000 Studierende als Hilfskräfte. Das Problem: Sie haben nur in Ausnahmefällen Tarifverträge, gesetzliche Mindeststandards guter Arbeit werden dabei missachtet.

Nicht die Professor*innen, sondern der sogenannte Mittelbau hält den Lehr- und Forschungsbetrieb am Laufen. Aber auch studentische Hilfskräfte übernehmen essentielle Aufgaben an den Hochschulen – als Assistenz in der Forschung, in den Bibliotheken, der Verwaltung und als Tutor*innen in der Lehre. Doch klare Regelungen für Arbeitszeiten und Urlaubstage gibt es für sie nicht. Sogar die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird vielen verweigert.

Die Verbesserung der Lage für Tausende von Hilfskräften wäre dieses Jahr noch möglich – indem ein Tarifvertrag – der TV-Stud – flächendeckend eingeführt wird. Jedoch blockiert die Arbeitgeber*innenseite die Verhandlungen. Damit verweigert die Tarifgemeinschaft deutscher Länder über 300.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst ihre Mitbestimmungsrechte.

Diese Blockadehaltung lässt sich nur durch politischen Druck brechen. Deshalb haben sich in mehr als 20 Städten Studierende auf den Weg gemacht und TVStud-Initiativen aufgebaut. In Zusammenarbeit mit ver.di und der GEW versuchen sie, einen neuen gewerkschaftlichen Wind an die Hochschulen zu bringen. In Städten wie Hamburg, Bremen und Göttingen gehen die Initiativen nun in die Streikvorbereitung. Weitere Aktionen sind für den Herbst geplant, wenn die Tarifrunde der Länder beginnt.

Die Hochschulen in Berlin zeigen, wo die Reise hingehen soll: Über Jahre hinweg haben studentische Hilfskräfte in der Hauptstadt Druck gemacht und am Ende einen Tarifvertrag erkämpft. Heute profitieren dort auch Studierende, die an der Hochschule arbeiten, von grundlegendenden Arbeitsrechten wie betrieblicher Mitbestimmung, einem gerechten Lohn und geregelten Vertragslaufzeiten.

Mit #ichbinhanna und der TV-Stud-Bewegung gelangt eine neue Bildungsbewegung an die deutschen Hochschulen. Sie zeigt: Gute Bildung und Forschung kosten Geld und profitieren von guten Arbeitsbedingungen. Die Bereitschaft besteht, sich zu organisieren, zu streiken und in den Konflikt mit der Politik zu gehen. Starke und mutige Gewerkschaften an den Hochschulen, Studierende, die ihr Recht auf gute Bildung und Beschäftigung ernst nehmen – das ist ein erster Schritt zum Systemwechsel an der Universität. Weg von der unternehmerischen, hin zur demokratischen Hochschule.★

ANZEIGE

Matthias Martin Becker
Klima, Chaos, Kapital
Was über den Kapitalismus wissen sollte, wer den Planten retten will
180 Seiten | € 14,90 | 978-3-89438-754-9

Ein nachhaltiger Kapitalismus wird ein Mythos bleiben: Der Raubbau an Ressourcen und die Naturzerstörung sind fest verwoben mit Profitstreben und weltweiter sozialer Ungleichheit, mit Macht und Ohnmacht. Becker zeigt: Um die ökologische Frage zu lösen, müssen wir die soziale beantworten – und umgekehrt.

Kemal Bozay u. a. (Hg.)
Damit wir atmen können
Migrantische Stimme zu Rassismus, rassistischer Gewalt und Gegenwehr
223 Seiten | € 14,90 | 978-3-89438-748-8

Vom Klassenzimmer bis zu einer Dessauer Polizeizelle, von Social Media bis nach Hanau: Ursachen und Spielarten von Rassismus. Wie kann Gegenwehr aussehen? Beiträge u. a. von Bejarano & Microphone Mafia, Fatih Çevikkollu, Eko Fresh, Marvin Oppong, Reyhan Şahin / Lady Bitch Ray, Massimo Perinelli, Mehmet Daimagüler.

PapyRossa Verlag

Corona, Krise - und JETZT?

Die Folgen der Pandemie sind für viele Studierende fatal. Doch auch vor der Krise war die Lage an den Unis alles andere als gut. Eine Zusammenfassung liefert Leo Späth.

Vierzig Prozent der Studierenden haben während der Pandemie ihren Nebenjob verloren. Die „Überbrückungshilfen“ des Bundes, die es nur bis zu einem Kontostand von 500 Euro gibt, sind ein schlechter Witz. Doch schon jahrelang garantiert das BAföG keinen gleichberechtigten Bildungszugang. So urteilte jüngst auch das Bundesverwaltungsgericht. Eine zentrale Forderung vieler Studierendengruppen ist deshalb schon lange die Einführung eines elternunabhängigen BAföG als Vollzuschuss: „Davon profitieren jene, deren Eltern knapp über den Fördergrenzen liegen, weiter müssen sich Studierende nicht verschulden. Eine sorgenfreie Realisierung des Rechts auf Bildung wird ermöglicht“, erklärt Zara Kiziltas, Studentin und Kandidatin der LINKEN im Wahlkreis Heidelberg bei der Bundestagswahl.

Mehr Druck, mehr psychische Probleme

Zu den finanziellen Notlagen kommt ein Anstieg von psychischen Belastungen. Durch den Dauerlockdown an den Hochschulen, wie es ihn in keinem anderen Bereich der Gesellschaft gab, fehlt vielen das soziale Miteinander. Weiter ignorierten Politik und Rektorate die Forderung nach Freiversuchen für Prüfungen. Während gemeinsames Lernen kaum möglich war, liefen Lehre und Prüfungen weiter – das eine online, das andere trotz hoher Inzidenzen in Präsenz. Als der AStA der Universität Osnabrück im Sommer 2020 Studierende nach ihrer Arbeitsbelastung fragte, gaben 90% an, dass diese gestiegen sei. 80% sagten aus, ihr psychischer Zustand habe sich verschlechtert. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Erhebung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, wonach der Anteil von Studierenden mit psychischen Belastungen in den vergangenen Monaten um 50% gestiegen ist. Damit spitzen sich Entwicklungen des Bologna Prozesses zu: Orientierung auf ECTS Punkte und Leistungsdruck verdrängen vollends freie Persönlichkeits- und Interessensentfaltung.

Anhaltende Unterfinanzierung

Für gute Hochschulen braucht es mehr finanzielle Mittel. Passend zur Konkurrenz im Studienalltag setzt aber auch hier die Große Koalition auf ein Gegeneinander. Bildungsministerin Anja Karliczek (CDU) feierte sich für die Exzellenzstrategie. Doch deren Konzept ist das Fördern weniger Einrichtungen. Stattdessen wird zunehmend auf Drittmittel aus der Privatwirtschaft gesetzt, die jedoch Abhängigkeit von Profitinteressen erzeugen und damit wissenschaftliche Unabhängigkeit bedrohen. Auch der Hochschulpakt, ein von Bund und Ländern gemeinsam getragenes Programm für die Lehre, kann die Finanzlöcher kaum ausgleichen. Weiter werden 60% der Gelder anhand des Kriteriums vergeben, inwiefern Studierende die Regelstudienzeit schaffen, ein arbeitsmarkt- und verwertungsorientiertes Bildungsverständnis damit verstärkt. Die Unterfinanzierung zeigt sich konkret vor Ort, zum Beispiel im Fachbereich für Gesellschaftswissenschaften und Philosophie an der Uni Marburg. „Von den aktuellen Kürzungen sind vor allem Stellen für wissenschaftliche Mitarbeitende betroffen“, berichtet Yusuf K, der im dortigen SDS aktiv ist.

Bildung - eine gesamtgesellschaftliche Frage

Für fünf Milliarden hat die Bundesregierung während der Pandemie neue Kampfjets geordert, während Studierende fast leer ausgingen. Der Umgang der Politik mit Hochschulen und Studierenden hat grundlegende Problemlagen verdeutlicht. Während Konzerne gerettet wurden, mussten viele Studierende wie auch Kulturschaffende und Wissenschaftler*innen um ihre Existenz bangen. Dabei hat die Pandemiebekämpfung doch mindestens eines bewiesen: Ohne demokratische und ausfinanzierte Wissenschaft werden wir die Herausforderungen unserer Zeit, wie die Klimakrise oder die Schaffung eines leistungsfähigeren Gesundheitssystems, niemals bewältigen.★

Leo ist 23 und studiert Mathematik in Heidelberg. Dort kämpft er für ausfinanzierte Wissenschaft und sozial zugängliche Hochschulen.

ANZEIGE

„Wenn die Rechten versuchen mich einzuschüchtern, werde ich trotzdem weitermachen“

Die Bundestagskandidatur des aus Syrien Geflüchteten Tareq Alaows für die Grünen endete mit einem Rückzug. Der Grund dafür waren Morddrohungen gegen ihn und seine Angehörigen.
Mit **Shoan Vaisi** kandidiert für DIE LINKE in NRW ebenfalls ein nach Deutschland Geflüchteter. Im Interview erklärt er die Hintergründe seiner Kandidatur.

Foto: Stephanie Schwarzin

Du kandidierst bei der Bundestagswahl für DIE LINKE. Für einen nach Deutschland Geflüchteten ist das kein ungefährlicher Schritt, siehe Tareq Alaows. Hast du keine Angst?

Ich bin seit meiner Kindheit mit der Politik vertraut und habe im Iran früh angefangen, mich politisch zu engagieren - in einem Land, in dem man für politisches Engagement verfolgt und unterdrückt wird. Mein Glaube an eine bessere Gesellschaft und der Kampf dafür waren immer viel stärker als die Angst. Auch wenn die Rechten versuchen Menschen wie mich einzuschüchtern, werde ich trotzdem weitermachen. Denn schließlich geht es nicht nur um mich, sondern darum, ob wir in einer offenen Gesellschaft leben, wo auch Geflüchtete politisch teilhaben können und für ihre Rechte kämpfen, oder in einer Gesellschaft, wo Geflüchtete eingeschüchtert und ausgegrenzt werden.

Du bist vor 10 Jahren aus dem Iran nach Deutschland geflohen. Wie kam es dazu und warum bist du in Deutschland politisch aktiv geworden?

Meine Flucht ist eine Folge meines politischen Engagements im Iran, wo ich mich für ein Ende der Unterdrückung von Frauen und Minderheiten stark gemacht habe, weswegen mich das Regime einsperren wollte. Während meiner Flucht habe ich den unmenschlichen Umgang der EU mit Geflüchteten gesehen. Als Sozialist war für mich klar, dass ich mich ab dem Zeitpunkt wieder engagiere, ab dem ich in Sicherheit bin und mich aktiv beteiligen kann. DIE LINKE war für mich die einzige Option.

Für was für eine Politik stehst du und welche politischen Schwerpunkte verfolgst du?

Meine Schwerpunkte sind Kinder- und Jugendpolitik sowie Flucht und Migration. Seit Jahren arbeite ich als Sozialarbeiter und sehe, wie die Gesellschaft hinnimmt, dass in diesem reichen Land Millionen Kinder in Armut aufwachsen. Ich werde für eine Politik kämpfen, wo alle Kinder und Jugendlichen gute Chancen und ein Leben in sozialer Sicherheit haben. Darüber hinaus will ich für die Aufnahme Geflüchteter und die Schaffung sicherer Fluchtwege kämpfen. Das Sterben im Mittelmeer muss ein Ende haben, genauso wie die Schaffung neuer Fluchtursachen durch die deutsche Wirtschafts- und Waffenexportpolitik.

Wie schätzt du deine Chancen und die der Linkspartei insgesamt ein?

DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich für ein Ende der Zerstörung von Umwelt und Natur einsetzt, für ein Ende von Ausbeutung und Krieg, für eine andere Gesellschaftsordnung. Die Coronakrise hat deutlich gezeigt, dass wir einen anderen Gesellschaftsentwurf brauchen. Wenn wir geschlossen für unsere Inhalte kämpfen, sehe ich gute Chancen dafür, dass DIE LINKE ein gutes Ergebnis einfährt.

Aktuell finden Streiks und Proteste gegen die Regierung im Iran, vor der du geflohen bist, statt. Gibt dir das Anlass zur Hoffnung auf Veränderung?

Mehr als vier Jahrzehnte islamische Republik, sowie die vorherige Repression durch den Shah, bedeuten für die Mehrheit der Menschen im Iran systematische Unterdrückung.
Das Regime ist nicht mehr in der Lage, für die Grundbedürfnisse der Menschen zu sorgen. Stattdessen lässt es auf die schießen, die für Wasser und Strom protestieren. Ich hoffe, dass das Regime es nicht mehr schafft, mit Waffen die Unzufriedenheit der Menschen zu unterdrücken. Die Selbstorganisation der Streiks und Proteste durch die Arbeiter*innen sowie das Prekariat lässt auf Veränderung hoffen, auch wenn mir bewusst ist, dass dies nur möglich ist, wenn das Regime weg ist. Ich fände es gut, wenn Arbeiter*innen in Deutschland sich mit diesen Streiks solidarisieren. ★

Danke für das Interview und viel Erfolg bei der Bundestagswahl!

Das Interview führte Ramsis Kilani.

»Wir wollen kein Stück vom Kuchen, sondern Baklava für alle!«

Lina und **Nam Duy** erklären, warum migrantische Selbstorganisationen und antirassistische Klassenpolitik zusammengehören.

Einer der zentralen Slogans von migrantischen Aktivist*innen auf der Demonstration zum 1. Mai in Berlin-Neukölln lautete: „Wir wollen kein Stück vom Kuchen, sondern Baklava für alle!“ Dieser Ausspruch bringt beispielhaft zum Ausdruck, dass es den vielen jungen migrantischen Selbstorganisationen hierzulande um weitaus mehr geht als nur Kämpfe für Sichtbarkeit und Repräsentation. Vielen jungen Migrant*innen ist bewusst, dass in fast allen Bereichen des hiesigen Lebens systematisch Ausschlüsse erzeugt werden. Daher muss der Widerstand gegen diese auch Kämpfe um fundamentale Veränderungen unserer Gesellschaft miteinschließen.

In diesem Kontext ragt in besonderer Weise die bundesweite Gruppe *Palästina spricht* heraus. Gegründet wurde *Palästina spricht* 2019 von deutsch-palästinensischen Aktivist*innen in Berlin. Sie versteht sich als Bewegung, die dezentral für eine radikale Veränderung der vorherrschenden Kräfteverhältnisse kämpft. Dabei geht es sowohl darum palästinensische und palästina-solidarische Stimmen zu etablieren und auf die Lebensumstände unter israelischer Besatzung aufmerksam zu machen als auch verschiedene Kämpfe zusammenzuführen.

Die Frage nach gesellschaftlichem Zusammenleben steht für die Gruppe in direkter Abhängigkeit zu den kapitalistischen Verhältnissen. Dementsprechend stellt die Bewegung den Slogan voran: „None of us are free unless we are all free!“ Während in früheren palästinensischen und migrantischen Gruppen ausschließlich die Befreiung aller Palästinenser*innen im Vordergrund stand, denkt und führt *Palästina spricht* ihre Kämpfe intersektional. So arbeitet die Gruppe auch zu Klimathemen oder ist Teil des Bündnisses *QUARC Berlin* - „Queers Against Racism and Colonialism“. *Palästina spricht* lebt von der Diversität der Lebenswelten ihrer Mitglieder und macht diese zur Grundvoraussetzung ihres Kampfes.

Mit Blick auf den diesjährigen 1. Mai in Berlin veranschaulicht die Demonstration ebenso, dass der Widerstand gegen Rassismus und der intersektionale Ansatz vieler migrantischer Aktivist*innen den (Klassen-)Kampf gegen die sozialen Verhältnisse hierzulande miteinschließt oder gar voranstellt. So grenzten sich viele migrantische Organisationen wie *Migrantifa Berlin, Bloque Latinoamericano* oder *Sudan Uprising* durch Redebeiträge und Banner von bloßer „Diversity-Politik“ ab. Antirassistische Klassenpolitik bedeutet demnach, die strukturelle Verschränkung von Unterdrückungs- *und* Ausbeutungsverhältnissen zu erkennen und als einen zentralen Ausgangspunkt für linkes politisches Handeln zu betrachten. Cornel West (afroamerikanischer Marxist und Theologe) bringt es mit Blick auf Barack Obama auf den Punkt, wenn er sagt, dass „black faces in high places [..] could not deliver“. Ob schwarzer Präsident, Generalstaatsanwalt, Bürgermeisterin oder Richterin - für West sind schwarze Gesichter in hohen Positionen allein nicht in der Lage, die notwendigen Veränderungen zu schaffen, da sie den Zwängen der kapitalistischen Wirtschaft und eines militarisierten Staates erlegen seien. Ähnliches gilt auch hier vor Ort: Weder wird ein migrantischer Chef im Kapitalismus jemals Ausbeutungsverhältnisse am Arbeitsplatz aufheben, noch werden migrantische Politiker*innen der SPD oder Grünen rassistische Polizeikontrollen oder tödliche Grenzpolitik grundlegend verhindern können.

Die neu aufkommenden migrantischen Selbstorganisationen sind selbstbewusst und wissen, dass wirkliche Veränderung nur durch Organisierung, Massenbewegungen und die Verbindung von verschiedenen Kämpfen erreicht werden kann. Der 1. Mai in Berlin hat erste Bündnisse von migrantischen und jüdischen Selbstorganisationen hervorgebracht, die für eine zukünftige antirassistische und migrantische Linke in Deutschland Orientierungspunkte sein müssen. Diese progressiven Organisierungen und Bündnisse gilt es zu unterstützen. ★

Lina Zaater (24) studiert Arabistik und Psychologie und ist seit 2020 beim SDS aktiv.
Nam Duy Nguyen (25) studiert Soziologie und ist seit 2017 im SDS Leipzig organisiert.

Was sozialistische Politik heute bedeuten kann

Es gibt viele offene Fragen auf unserem Weg zum Systemwechsel. Aber wir müssen trotzdem nicht bei null anfangen. **Lukas** und **Jary** werfen einen Blick auf Ideen von Karl Marx und stellen drei Grundpfeiler vergangener wie zukünftiger sozialistischer Politik vor.

Mit den meisten unserer Kommiliton*innen muss man nicht lange diskutieren, wenn es um die Frage geht, ob sich etwas verändern muss. Die globale Pandemie und Überschwemmungen als Ausdruck einer sich weiter verschärfenden Klimakatastrophe haben die Dringlichkeit eines Systemwechsels verdeutlicht. Auch der Druck in Schule und Studium, die Unsicherheit bezüglich der eigenen Zukunft oder die Bedrohung von rechts tragen ihren Teil dazu bei, dass eine Mehrheit von jungen Menschen grundlegende Veränderung für notwendig hält.

Kein Wunder also, dass wir in den letzten Jahren, bundesweit wie global, in großer Zahl gegen eben jene Zustände auf die Straße gegangen sind. Angefangen bei zahlreichen Demonstrationen gegen die AfD, über die großen Mobilisierungen zum feministischen Streik am 8. März und *#BlackLivesMatter* bis hin zur größten Jugendbewegung in der Geschichte: *Fridays For Future*. Mittlerweile hat eine neue Protestgeneration die politische Bühne betreten. Mit und innerhalb derselben hat auch der Begriff des „Sozialismus“ neue Beliebtheit erfahren. Gefüllt wird er dabei mit ganz verschiedenen Bedeutungen: Mit Gerechtigkeit und Umverteilung, mit Revolution und Widerstand, mit kleinen Reformen und großen Umstürzen. Hoffnung liegt bei den einen in den politischen Parteien links der Mitte, bei den anderen jenseits der Parlamente.

Mit der „Generation Greta“ ist ein Aufschwung sozialistischer Politik möglich. Die Anleitung dafür liegt jedoch nicht fertig in der Schreibtischschublade. Eine sozialistische Politik unserer Zeit und unserer Generation müssen wir erst noch gemeinsam entwickeln. Die gute Nachricht: Wir müssen nicht bei null anfangen. Wir können aus vergangenen politischen Bewegungen und Protesten lernen – und auch von Karl Marx.

Alles verbunden, alles veränderbar

Eine Gesellschaft, die von Armut, Sexismus und Rassismus geprägt ist, und ein Planet am Abgrund. Nicht leicht da den Überblick zu behalten. Auch wenn häufig Gegenteiliges behauptet wird, reduzieren Sozialist*innen die Übel der Welt nicht auf eine einzige Ursache oder leiten sie aus einer einfachen Tatsache ab. Stattdessen versuchen Sozialist*innen sie in ihrer Systematik, in ihrem Verhältnis zueinander zu begreifen. Schon Marx formulierte den kategorischen Imperativ, dass alle Verhältnisse umzuwerfen seien, in denen der Mensch ein „erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. Der vielleicht wichtigste Gedanke von Marx war der, dass die Geschichte von Menschen gemacht wird. Alles ist dadurch miteinander verbunden, dass letztlich alle Verhältnisse Ergebnisse der Tätigkeit von Menschen sind. Und wenn selbst der gegenwärtige, umweltzerstörende Kapitalismus menschengemacht ist, dann ist er auch und mit ihm die ganze Welt veränderbar.

Der sozialistische Blick auf Gesellschaft nimmt diese in Ihrer Gesamtheit in den Blick, ohne Details zu vernachlässigen – und so sollte es auch sozialistische Politik tun. Sie unterstützt, entwickelt und initiiert Aufbegehren gegen die herrschenden Verhältnisse. Egal, ob es darum geht, dass eine Busfahrerin mehr Lohn fordert, eine muslimische Frau mit Kopftuch ihren Job ausüben will oder einem jungen trans Mann keine Steine mehr in den Weg gelegt werden sollen. Dabei stellt die sozialistische Politik stets das Gemeinsame und das Grundsätzliche in den Vordergrund. Sie will jedes dieser Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse überwinden. Dafür ist eine grundlegende Veränderung der Art und Weise, wie wir produzieren und leben, notwendig.

Ein Projekt der Mehrheit

Sozialistische Politik ist jedoch nur als Bewegung einer Mehrheit denkbar. Das hat mehrere Gründe. Zunächst gibt es einige sehr mächtige Menschen, die von der Architektur unserer Gesellschaft profitieren. Sie – die besitzende Klasse – werden sich

Illustration: Pia Chwalczyk

nicht durch Argumente davon überzeugen lassen, dass sie ihr Vermögen und ihre Macht abgeben. Es braucht gesellschaftliche Mehrheiten, die bereit sind, sie durch Druck dazu zu zwingen. Gleichzeitig müssen wir erst gemeinsam erlernen, wie eine radikal demokratische Gesellschaft funktionieren könnte. Die Menschen machen ihre Geschichte, aber unter vorgefundenen Bedingungen und nicht aus freien Stücken, wie Marx schrieb. Wir sind Teil der Übel dieser Welt und nur in der kollektiven Erfahrung von Solidarität und Kooperation können wir den ganzen alten Dreck loswerden, mit dem wir aufgewachsen sind.

Für sozialistische Politik folgt daraus, dass sie Veränderung erfahrbar machen muss. Sie muss darauf setzen, auch kleine Auseinandersetzungen um Tarifverträge, Studienbedingungen oder Gesetze zu gewinnen. Und wir gewinnen nicht (allein) durch den Mut und das Geschick Einzelner, sondern durch die Macht der Vielen, die als Handelnde die Bühne der Geschichte betreten und ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Sozialistische Politik braucht keine Märtyrer*innen, die im Namen aller anderen kämpfen. Sozialistische Politik strebt die Selbstermächtigung der ausgebeuteten und unterdrückten Klasse an. Sie will Mehrheiten organisieren, die bereit sind, Konflikte zu führen und zu gewinnen.

Die Bewegung, die den jetzigen Zustand aufhebt

Jahrzehnte des Neoliberalismus haben unsere Vorstellungskraft einer anderen Welt stark in Mitleidenschaft gezogen. Doch gerade diese brauchen wir, um uns zu motivieren aktiv zu werden. Der *system change* ist zwar populärer geworden. Dennoch sind wir an einem Punkt, an dem wir hoffen müssen, dass es uns nicht schlechter geht, statt optimistisch auf Verbesserungen zu blicken. Unsere Vision einer neuen Gesellschaft gilt es deshalb mit Leben zu füllen. Gleichzeitig verfolgt sozialistische Politik nicht einfach ein fertiges Programm, dem man sich anschließen kann. Der „Kommunismus“, so Marx und Engels im Manifest, ist „nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird]. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.“

Sozialistische Politik ist folglich nicht das Projekt einer Mehrheit, die bestimmten Ideen zustimmt, sondern einer Mehrheit, die anfängt Gesellschaft selbst zu gestalten und ihre Vision der anderen Welt in der Auseinandersetzung um diese entwickelt.

Und wir?

Im SDS wie auch an vielen anderen Orten versammeln sich immer mehr junge Menschen, die davon überzeugt sind, dass eine andere Welt nötig und möglich ist. Für den Versuch, eine sozialistische Politik unserer Zeit und Generation zu entwickeln, eignen wir uns Erfahrungen von vielen Jahrzehnten sozialistischer Bewegung an. Diese Tradition ist keine Agenda, die kopiert werden soll oder kann. Stattdessen kann sie als Erfahrungsschatz und Gedächtnis derjenigen dienen, die vor uns versucht haben eine radikal demokratische Gesellschaft durchzusetzen. Mit Blick auf den Klimawandel wird es langsam höchste Zeit, dass uns dieser Versuch gelingt. ★

Lukas hat Politikwissenschaften in Bayern studiert und ist durch die letzten Jahre mehr frustriert als gebildet. Auch er ist der Bolognareform nicht entkommen und sucht nach einem Studienplatz für den Master.
Jary ist 25 und studiert Geschichte. Er ist seit Anfang des Jahres Geschäftsführer von Die Linke.SDS.

ANZEIGE

Illustration entnommen aus Stefan Siegert: »Karl Marx geht um«

Zwischen Identitätspolitik & Klassenkampf

Queere Lebensrealitäten im Kapitalismus: Innerhalb der gesellschaftlichen Linken wird oft trennscharf zwischen Klassenkampf und "Identitätspolitik" unterschieden. **Meike Völker** fragt sich, ob in diesen Konflikt queere Lebensrealitäten überhaupt noch reinpassen. Ein Dialog mit Evie Reckendrees.

Antirassistischen, feministischen und queeren Bewegungen wird oft vorgeworfen, sie würden reine "Identitätspolitik" betreiben, dabei antikapitalistische Ansätze vernachlässigen und stattdessen lediglich nach Anerkennung innerhalb eines ausbeuterischen Systems suchen. Und doch: Queere Menschen befinden sich gerade aufgrund ihrer Marginalisierung besonders häufig in prekären Lebenssituationen. So sind trans Personen um ein vielfaches mehr von Armut und Obdachlosigkeit betroffen. Die "Identität" von einigen Gruppen hat somit einen direkten Effekt auf ihre materielle Lage. Inwiefern spiegelt sich das in der Politik dieser "skurrilen Minderheiten", wie Sahra Wagenknecht sie nennt, wieder?

Ein aktueller Fokus der queer-politischen Bewegung Deutschlands ist die Abschaffung des sogenannten „Transsexuellengesetz" (TSG). Um ihren Namen und Personenstand nach dem TSG zu ändern, müssen trans Personen ein bis zu zwanzigmonatiges Gerichtsverfahren durchlaufen. Dieser Prozess ist nicht nur entwürdigend, sondern wegen des hohen Zeit- und Kostenaufwands auch extrem unzugänglich: Das Gericht verlangt zwei Zwangsgutachten, die Kosten dafür betragen etwa 2.000 Euro. Einige der Gutachter*innen rechnen dabei bewusst mehr Zeit als die eigentlichen Sitzungsdauer an. Jährlich werden mit diesen Rechtsgutachten Millionen gemacht.

Evie Reckendrees sagt ganz klar: "Es wird sich systematisch an trans Menschen bereichert". Sie ist selber transgeschlechtlich und hätte die Kosten für das TSG-Verfahren nicht tragen können. Stattdessen nutzte sie den 2019 eingeführten Paragrafen 45b des Personenstandsgesetzes. Dafür musste eine Ärzt*in ihr eine „Variante der Geschlechtsentwicklung" attestieren. Die Kosten betrugen 30 Euro und der Zeitaufwand lag bei wenigen Wochen. Eigentlich will das Bundesinnenministerium nicht, dass der Paragraf auch von trans Menschen genutzt wird, er sei nur für intergeschlechtliche Personen vorgesehen. Evie entschied sich bewusst gegen das klassistische TSG und für die rechtliche Grauzone.

Geholfen hat ihr dabei vor allem der Zugang zu einer Gemeinschaft, die es gelernt hat, Wissen weiterzureichen. Trotz der queeren Netzwerke gehört zu dieser Selbstbildung aber unglaublich viel Zeit. Zeit, die viele trans Personen nicht haben, weil sie zu sehr damit beschäftigt sind, sich ihr Existenzminimum zu verdienen. Sprachbarrieren können den Prozess zusätzlich erschweren oder gar scheitern lassen.

Der von vielen trans Personen geforderte Ersatz für das TSG, das Selbstbestimmungsgesetz (SBG), hätte viele bürokratische Hürden abgeschafft, und für unabhängige Beratungsstellen gesorgt. Außerdem wäre auch die Gesundheitsversorgung von trans Menschen rechtlich verankert worden. So wäre die Willkür von Krankenkassen bei der Kostenübernahme unterbunden worden. Im Mai wurde der Gesetzesentwurf vom Bundestag abgelehnt, unter anderem mit den Stimmen von Sahra Wagenknecht und Sevim Dağdelen.

Vielen trans Menschen hätte das SBG geholfen, existenzielle Ängste zu mindern. Evie weiß, wie wichtig solche Ansätze sind. Sie weiß aber auch, dass es Strategien braucht, die das System radikal hinterfragen, das überhaupt erst dafür sorgt, dass so viele queere Menschen unter der Armutsgrenze leben. Neulich überhörte sie ein Gespräch von zwei Arbeitern der Müllabfuhr über ihre verbleibende Arbeitszeit. 48 Jahre. „Ich will auch nicht, dass ihr so lange arbeiten müsst" kommentiert sie traurig.

Sie ist davon überzeugt, dass den meisten Arbeiter*innen in unserem neoliberalen Wirtschaftssystem die Zeit dafür geraubt wird, sich überhaupt Gedanken über eine Sprache für ihr Geschlecht zu machen. Eine Sprache, die sie befreien könnte. Es ist nur einer von vielen gewaltvollen Rauben, die der Kapitalismus täglich begeht. Genau deswegen ist Evie sich sicher: "Wir haben die gleichen Ziele!".

Auch sie sieht ein Problem darin, wie queere Politik in sozialen Netzwerken auf Aufklärungsarbeit für das Individuum reduziert wird und wie sich Parteien und Großkonzerne das zu Nutzen machen. Doch sie sieht das Potential in historischen, queeren antikapitalistischen Kämpfe wie "Lesbians and Gays Support the Miners" und ihrem heutigen Erbe "Lesbians and Gays Support the Migrants". Evie will nichts mehr als ein breites Bündnis der Arbeiter*innenklasse – doch verzichtet dabei darauf, diese Arbeiter*innen als homogene, weiße cis-hetero Masse zu denken. ★

Meike Völker (23) studiert Englische Literatur- und Kulturstudien, und findet „skurille Minderheiten" eigentlich nen ganz süßen Bandnamen.

Aufbruch zur Utopie des Wohnens

Viviane berichtet wie *Deutsche Wohnen & Co enteignen!* den Berliner Wohnungsmarkt revolutionieren könnte.

Nun steht es fest: am 26.09.2021 bekommen die Berliner*innen die Chance, über die Vergesellschaftung der Bestände der größten Wohnungsunternehmen in Berlin abzustimmen. Mit 359.063 Unterschriften übertraf die Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen! das Soll von ca. 177.000 Unterschriften bei Weitem und erkämpfte somit ihr Ziel, einen historischen Volksentscheid zu initiieren. Damit eröffnet sie den Berliner*innen die Möglichkeit, rund 240.000 Wohnungen dauerhaft der Profitlogik des Finanzmarktes zu entziehen und in Gemeingut umzuwandeln.

Konkret schlägt die Initiative vor, die besagten Wohnungen nach Art.15 GG zu vergesellschaften und sie anschließend in einer Anstalt öffentlichen Rechts gemeinwirtschaftlich, demokratisch und nicht profitorientiert durch die Mieter*innen, die Belegschaft, die Stadtgesellschaft sowie Senatsvertreter*innen zu verwalten. Durch die Vergesellschaftung sollen die Mieten sinken, soll Verdrängung und Spekulation entgegengewirkt und der Berliner Wohnungsmarkt demokratisiert werden.

Dass die Initiative mit ihrer Forderung nach Vergesellschaftung auf breite Zustimmung in der Berliner Stadtgesellschaft trifft, hat mehrere Gründe. Dazu gehören unter anderem die Entwicklung des Berliner Wohnungsmarktes seit der Wende, die Radikalität der Forderung sowie aktuelle Ereignisse. So hat der kürzlich vom Verfassungsgericht gekippte „Mietendeckel“ den Berliner*innen für kurze Zeit vor Augen geführt, was es bedeuten kann, in regulierten Mietverhältnissen zu leben.

Ab den späten 1990er Jahren bis 2005 wurden 209.000 kommunale Wohnungen in Berlin privatisiert, Dabei kaufte sich der globale Finanzmarkt mächtig ein und verfügt mittlerweile über 16,5% aller Berliner Wohnungen. Die Angebotsmieten stiegen zwischen 2012 und 2020 um 52%, die Kaufpreise für Bauland zwischen 2010 und 2019 sogar um 451%.

In diesen Verhältnissen besticht eine Initiative, die dem System grundsätzlich die Stirn bietet, durch ihre Radikalität. Ausgehend von der konkreten Erfahrungswelt der Berliner*innen formuliert sie einen Weg, wie der steigenden Profit- und Ausbeutungslogik eine demokratische und mieter*innenorientierte Alternative entgegengesetzt werden kann.

Wie der Volksentscheid ausgeht, ist ungewiss. Doch eins wird schon jetzt deutlich: die Berliner Mietenbewegung ist so stark wie noch nie – und bereit, für eine Stadt von unten und für alle zu kämpfen. ★

Viviane ist 21 Jahre alt und ist in Berlin geboren & aufgewachsen. Für sie ist DWE also nicht irgendeine Kampagne. Sie weiß bei fast jedem Haus in Berlin, welchem Immobillienhai es gehört.

ANZEIGE

Thomas Sablowski / Judith Dellheim / Alex Demirović / Katharina Pühl / Ingar Solty (Hrsg.)
Auf den Schultern von Karl Marx
2021 – 552 S. – 40,00 €
ISBN 978-3-89691-259-6

Moritz Altenried / Julia Dück / Mira Wallis (Hrsg.)
Plattformkapitalismus und die Krise der sozialen Reproduktion
2021 – 295 Seiten – 30,00 €
ISBN 978-3-89691-056-1

Ingrid Artus / Nadja Bennewitz / Annette Henninger / Judith Holland / Stefan Kerber-Clasen (Hrsg.)
Arbeitskonflikte sind Geschlechterkämpfe
Sozialwissenschaftliche und historische Perspektiven
(Arbeit – Demokratie – Geschlecht, Band 27)
2020 – 365 Seiten – 35,00 €
ISBN 978-3-89691-045-5

Diana Auth / Daniela Brüker / Kerstin Discher / Petra Kaiser / Simone Leiber / Sigrid Leitner
Sorgende Angehörige
Eine intersektionale Analyse
(Arbeit – Demokratie – Geschlecht, Band 28)
2020 – 254 Seiten – 28,00 €
ISBN 978-3-89691-046-2

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT
www.dampfboot-verlag.de

Foto: by Félix Prado on Unsplash

Die Care Revolution - der feministische Kampf um gerechte Entlohnung

Sorge- oder Carearbeit ist ein Grundpfeiler unserer kapitalistischen Gesellschaft. Doch diejenigen, die sie leisten, erfahren kaum Anerkennung. **Paula Schirmer** wirft einen sozialistischen Blick auf die Ursprünge und Ausprägungen der Carearbeit.

Wenn Kritik an der Verteilung von Carearbeit geäußert wird, haben die meisten schon das Scheinargument gehört, dass das von der Natur so vorgesehen wäre. Uns ist natürlich klar, dass das nicht der Wahrheit entspricht. Bestätigt wird das außerdem von zahlreichen wissenschaftlichen Texten, wie von der Philosophin und Autorin Silvia Federici: In „Caliban und die Hexe“ klärt sie über die Ursprünge der Carearbeit auf. Sie sieht diese in den Anfängen des Kapitalismus. Damals wurde zuerst von staatlicher Seite die weibliche Kontrolle über die Zeugung kriminalisiert. Das hatte nicht nur einen enormen Einfluss auf die Autonomie der Frau[1], sondern auch auf die kapitalistischen Arbeitsverhältnisse: Mutterschaft war keine Entscheidung mehr, sondern Zwangsarbeit. So wurden Frauen immer weiter auf die Carearbeit festgelegt. Sie wurden aus Berufen, in denen sie eine dominierende Stellung hatten, rausgedrängt. Verordnungen besagten, dass Frauen nicht außerhalb des Haushalts zu arbeiten hätten und wenn, dann nur um ihren Ehemännern zu helfen. Selbst wenn Frauen für den Markt produzierten, galt ihre Arbeit als wertlos. Frauen verinnerlichten dieses Narrativ so weit, dass sie sich entschuldigten, wenn sie nach bezahlter Arbeit suchen mussten. An diesem Punkt fing auch die chronische Unterbezahlung von Frauen an. Das lässt sich bis heute am sogenannten „Gender Pay Gap“ rekonstruieren. Eine Studie von Oxfam zeigt, dass Frauen etwa 21 Prozent niedrigere Bruttostundenlöhne erhalten als Männer.

Die Ehe galt nun als einzige und eigentliche Frauenkarriere. Reproduktionsarbeit, also die unbezahlte Arbeit, die zum Erhalt der menschlichen Arbeitskraft grundlegend ist, wurde zur Hauptaufgabe der Frau. Durch die Diffamierung weiblicher Arbeit wurde diese Reproduktionsarbeit bald als eine Art Naturressource gesehen, derer sich alle bedienen können. Der Körper und die Arbeitskraft der Frau wurden zum Allgemeingut; Frauen selbst hatten kaum noch Entscheidungsmacht.

Auch heute wird der Großteil der Carearbeit in heterosexuellen Beziehungen von Frauen geleistet. Die Oxfamstudie zeigt, dass Frauen um 52 Prozent mehr unbezahlte Fürsorgearbeit, wie zum Beispiel die Pflege Verwandter, als Männer leisten. Das wird „Gender Care Gap“ genannt.
Die dafür verantwortlichen patriarchalen Strukturen sind tief in unserer Gesellschaft verankert. Wegen ihnen trauen sich weiblich sozialisierte Menschen häufig Jobs, für die sie qualifiziert sind, nicht zu oder sie werden trotz vorhandener Qualitäten nicht eingestellt, z.B. wegen eines eventuellen, zukünftigen Kinderwunsches. Dadurch werden Frauen in heterosexuellen Beziehungen immer noch in Abhängigkeit vom Mehrverdiener, also dem Mann, gedrängt.

Was können wir dagegen tun?

Selma James, eine Aktivistin aus den USA, hat in den 70er Jahren die internationale Kampagne Wages for Housework mitbegründet, die für eine finanzielle Entlohnung der Carearbeit kämpft. Es sei vor allem ein “Mangel an eigenem Geld“, der Frauen in Abhängigkeiten hält, sagt James.[2] Viele Frauen könnten aus gewalttätigen Beziehungen und Ehen entkommen, hätten sie nur die finanziellen Mittel dazu.

Die Abhängigkeit der Frau ist also auch eine Klassenfrage. Natürlich ist das Patriarchat in bourgeoisen Kreisen nicht besiegt. Doch weiblich sozialisierte Personen aus proletarischen Räumen haben häufig nicht das finanzielle Polster aus einer Ehe,

in der ihnen Gewalt angetan wird, auszubrechen. Sie stehen in einer direkten Abhängigkeit zum Gehalt ihres Ehemannes. Wohlhabende Frauen sind oft nicht direkt darauf angewiesen. Die Carearbeit ist eine der wichtigsten Arbeiten, die das Wirtschaftssystem und die Gesellschaft aufrechterhalten. Sie wird auch oft als „Reproduktionsarbeit“ bezeichnet, denn die Carearbeit ist notwendig, damit die Arbeitskraft der Arbeiter*innen wiederhergestellt wird und sie funktionieren. Ohne Carearbeit könnten die Arbeitenden am nächsten Tag nicht wieder zur Arbeit gehen. Unternehmen sind also indirekt abhängig von ihr. Somit ist Carearbeit durch ihre Reproduktionsfunktion essenziell für das Fortbestehen des Kapitalismus.

Das war besonders gut während der Pandemie zu sehen: Pflegekräfte waren einer enormen Belastung ausgesetzt und bekamen als Dank nur lange überfälligen Applaus. Doch gerade deshalb haben sie begonnen, sich in bundesweiten Pflegebündnissen zu organisieren, wie bei *Münster Cares*.

Die Forderung, Carearbeit finanziell zu entlohnen, ist wichtig und revolutionär, doch sie führt auf einen falschen Pfad. Auch wenn es Frauen auf individueller Ebene helfen könnte mehr finanzielle Freiheit zu erlangen, muss Carearbeit aus dem privaten und familiären Raum herausgeholt werden. Das finale Ziel sollte sein, dass Carearbeit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe wird. Denn nur so würde sie langfristig zur finanziellen Emanzipation der Frau und zur Beendigung von Rollenstigmata beitragen. ★

1 In den statistischen Erhebungen sowie in Federicis Werk ist häufig fälschlicherweise nur von Frauen die Rede, zumeist sind aber alle weiblich sozialisierte Personen gemeint.

2 „Der Spiegel“, 08.03.2021, von Lou Zucker

Paula Schirmer ist 19 und studiert in Bonn Germanistik und Hispanistik. Sie konnte sich nicht zwischen Kinderkriegen und Karriere entscheiden und wählte deshalb den Sozialismus.

„Wer soll das bezahlen?“ Vier Mythen über Staatsverschuldung und öffentliche Investitionen

Immer wenn wir Linken unsere Projekte vorstellen, fragt jemand: „Aber wie sollen wir uns das leisten?“. Die sozial-ökologische Transformation kostet Geld, doch durch eine Abkehr von Schuldenbremse und Sparpolitik wird sie finanzierbar. Und es lohnt sich! Im Folgenden widerlegen **Carlo** und **Fiona** vier Mythen und Scheinargumente rund um die Themen Staatsverschuldung und öffentliche Investitionen.

Schulden belasten zukünftige Generationen

Damit begründen CDU, SPD und FDP häufig ihre Sparpolitik. Was bei der Beurteilung staatlicher Investitionen nicht beachtet wird: Auch wenn der Staat sich durch Ausgaben verschuldet, kann er durch die entstehenden Gewinne eine Rendite erwirtschaften. Das heißt: Schulden machen kann sich lohnen. Daher sollte man sich fragen, was die künftigen Generationen wirklich belastet: Marode Schulen und geschlossene Freibäder oder ein paar Euro weniger in der Staatskasse?

Sparen hilft der Wirtschaft

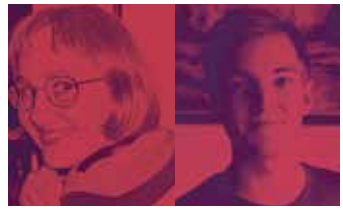
Wenn der Staat den Unternehmen durch Investitionen mehr Mittel zur Verfügung stellt, können davon nachhaltige Industrien, wie erneuerbare Energien, profitieren und so mit den fossilen Energieträgern auf dem Markt konkurrieren. Gewonnene Arbeitsplätze und Aufschwung für strukturschwache Regionen sind soziale Errungenschaften. Die generierten Steuern stellen zusätzliche Staatseinnahmen dar.

Öffentliche Investitionen sind ineffizient

Für die Stärkung der Volkswirtschaft und die Rettung aus der Krise setzen Neoliberale gerne auf Geldgeschenke an Unternehmen und Kaufprämien für Verbraucher*innen. Allerdings zeigen Studien, dass jeder Euro, welcher in öffentliche Infrastruktur investiert wird, im Durchschnitt 1,50€ Unternehmensinvestitionen nach sich zieht. Die öffentlichen Investitionen sind also nicht nur gezielter einsetzbar, sondern generieren auch mehr Steuereinnahmen und private Investitionen. Und wie beim Breitbandausbau in strukturschwachen Regionen nutzen sie meist auch der Bevölkerung und stärken den Standort.

Der Staat soll nur den Rahmen setzen

Der Privatsektor spielt eine Schlüsselrolle bei der Finanzierung der grünen Wende. Doch das hat einen hohen Preis: Der private Sektor investiert erst, wenn er eine ausreichende Gewinnmarge vermutet. Um Anreize zu schaffen, treibt der Staat mit Subventionen Unternehmensgewinne künstlich in die Höhe. Unsere Steuern fließen also direkt in die Taschen von Investor*innen. Die ökologische Transformation sollte stattdessen als öffentliche Aufgabe verstanden werden. Die zentrale Frage soll nicht sein: Wie können sich Investor*innen am meisten bereichern? Sondern: Wie und wo können wir mit den vorhandenen Geldern die Weichen für eine nachhaltige und sozial-gerechte Zukunft stellen?★



Fiona studiert Informatik an der HBRS. Sie hat tausende Ideen für ein neues Startup, aber Frank Thelen hat noch nicht zurückgerufen.
Carlo Ströning (23) studiert an der Universität Siegen Plurale Ökonomik und interessiert sich für zukunftsfähiges Wirtschaften, nachdem ihn der BWL Bachelor eher frustriert und uninspiriert zurückgelassen hat.

Europäisches Großmachtstreben – Wie die EU das Friedensprojekt verspielt

Die sicherheitspolitischen Entwicklungen der EU sind fatal - Aufrüstung und Waffenexporte werden zur europäischen Staatsräson. Ein Überblick von **Paul Fürst**.

Der Einsatz für Frieden und Menschrechte gehört zum Gründungsmythos der Europäischen Union (EU). Tatsächlich sind 70 Jahre Frieden[1] zwischen den EU-Staaten ein in der Geschichte einmaliger und zu würdigender Erfolg, wofür die EU 2012 den Friedensnobelpreis erhalten hat. Von führenden Köpfen, wie der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU), wird immer wieder betont, dass Europa mehr Verantwortung in der Welt übernehmen muss. Mit der Forderung, die Handlungsfähigkeit der EU auszubauen, sollen Fakten geschaffen werden. Verantwortung und Handlungsfähigkeit soll hier allerdings heißen: Militärische Stärke sowie Intervention und die Beschaffung dafür nötiger Waffen. Das Friedensprojekt rüstet sich.

Schleichende Militarisierung durch PESCO, EVF & Co.

Die „Ständig Strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO) ist das schlagende Herz der Europäischen Verteidigungsunion (EVU) und soll neben der besseren Koordination von Streitkräften u.a. die effiziente Beschaffung neuer Rüstungsgüter regeln. 25 der 27 EU-Staaten haben sich mittlerweile der PESCO angeschlossen. Ein wesentlicher Unterschied zu anderen Formen der Zusammenarbeit besteht in der Rechtsverbindlichkeit, der von den Staaten eingegangenen 20 Verpflichtungen. Bspw. wird das 2%-Ziel der NATO (Militärausgaben auf 2% des BIP zu erhöhen) dadurch gesetzlich festgeschrieben – eine Aufrüstung per Zwang. Vorangetrieben wurde PESCO vor allem von Deutschland und Frankreich, welche neben ihren bilateralen Rüstungsprojekten auch hier starke Führungsansprüche hegen. Durch den Europäischen Verteidigungsfond (EVF) soll der Aufrüstung ein Geldtopf des EU-Haushalts zur Verfügung gestellt werden. Dieser umfasst bis 2027 für die militärische Forschung und Entwicklung ca. acht Mrd. Euro und steht in Verdacht, nicht legal zu sein.[2]

Waffenexport und Drohnenentwicklung für den Frieden?

Entgegen seinem Namen trägt die EU-Friedensfazilität (EFF) zu einer EU Kriegs- und Destabilisierungspolitik bei. Sie stellt Gelder für EU-Militäreinsätze bereit und fördert durch Subventionen den Verkauf und die Verbreitung von Waffen. Beispiele wie der Libyenkrieg zeigen, dass EU-Waffen zur Repression gegenüber der Zivilgesellschaft oder zur Kriegsführung zum Einsatz kommen. Die EU-Staaten sind hinter den USA der zweitgrößte Rüstungsexporteur der Welt – durch den EFF soll dies weiter befeuert werden.
Daneben findet die Entwicklung von Drohnen mit Geldern der zivilen Forschungsrahmenprogramme 6 und 7 sowie Horizon 2020 statt, wovon auch die israelische und türkische Rüstungsindustrie profitiert. Beispielsweise kamen im Krieg von Bergkarabach nachweislich Drohnen des Typs Heron des israelischen Herstellers AIA zum Einsatz, welcher an den eigentlich zivilen Förderprogrammen beteiligt war.

Menschliche Sicherheit als Antwort auf zukünftige Gefahren

Die Auslegung von Sicherheit allein im militärischen Sinne knüpft an veraltete Denkmuster der Sicherheitspolitik an und untergräbt aktuelle Gefahren. Nur durch das Ende von Waffenexporten und militärischen Kriegsspielen, einer authentischen Abrüstungs- und Friedenspolitik, kann internationales Vertrauen aufgebaut werden. Dies braucht es zwingend um die Katastrophen der Gegenwart und Zukunft, wie der globalen Pandemie und des Klimawandels entschieden entgegenzutreten. Menschliche Sicherheit d.h. Krisenprävention, Investitionen in das Gesundheits- und Sozialsystem sowie der zivilen Forschung und Bildung etc. verspielt die EU in der milliardenschweren Aufrüstung der Festung Europa. Sie schafft an ihren Außengrenzen ein Massengrab und bereitet sich durch PESCO auf zukünftige Ressourcenkriege vor, anstatt diese zu verhindern. Wer, wenn nicht wir, die mitten in Europa leben, sollten wissen, dass Zeiten der Aufrüstung und des Großmachtstrebens nie zu mehr Sicherheit geführt haben – im Gegenteil. Nur ein Systemwechsel in der Innen- wie auch in der Außenpolitik und den internationalen Beziehungen kann die Gefahren des 21. Jahrhunderts gerecht bekämpfen.★

---

1 gemeint ist hier das Konzept von Negativem Frieden (John Galtung) und bedeutet verkürzt die Abwesenheit von organisierter militärischer Gewaltanwendung.

2 bezieht sich auf *das Rechtsgutachten zur Illegalität des Europäischen Verteidigungsfond* von Fischer-Lescano aus dem Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Bremen vom November 2018.

Paul Fürst ist 22, studiert an der Freien Universität Berlin und setzt sich für Abrüstung und ein Ende von Waffenexporten ein.

Leave No One Behind. Weshalb offene Grenzen kein linker Traum sind.

Während Frontex die Festung Europa verteidigt, erreichen jährlich tausende Erntehelfer*innen Deutschland. Was dahinter steckt und warum es eine Klassensolidarität zwischen Saisonarbeiter*innen und Geflüchteten braucht, erklären **Kenja** und **Lukas**.

Die unzumutbare Lage im Geflüchtetenlager Moria auf Lesbos veranschaulicht das migrationspolitische Versagen der EU. Adonis Georgiadis, der Vizeparteichef der konservativen Regierungspartei Griechenlands *Nea Dimokratia*, ließ durchblicken, dass Katastrophen wie das jüngste Feuer in Moria politisch gewollt sind: „Damit sie aufhören zu kommen, müssen sie hören, dass es denen die hier sind schlecht geht“, sagte er dem griechischen Fernsehen. Doch auch Ursula von der Leyen dankte der griechischen Regierung: „Diese Grenze ist nicht nur eine griechische Grenze, es ist auch eine europäische Grenze“.
Zur gleichen Zeit ermöglichte Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) die Einreise tausender Saisonarbeitskräfte aus Osteuropa. Rund 300.000 Erntehelfer*innen arbeiten jedes Jahr hier, um Spargel zu stechen oder Erdbeeren zu pflücken.

Zusammenspiel von Rassismus und Kapitalismus

Die Migrationsprozesse erscheinen widersprüchlich. Doch ein genauerer Blick auf diese Formen der Migration zeigt die strukturellen Charakterzüge von kapitalistischen Nationalstaaten und einem auf Abschottung beruhenden Festungskapitalismus. Genauer: Verteilungskämpfe und Naturzerstörung sind die direkte Folge der kapitalistischen Verhältnisse. Menschen ergreifen weltweit die Flucht, um den ökonomischen Missständen, kriegerischen Konflikten oder lebensunwürdigen Bedingungen zu entkommen. Repression und Abschottung sind die Reaktionen der EU-Staaten. Gleichzeitig schließen sie Anwerbeabkommen. Diese sollen die autochthone Bevölkerung vor dem ökonomischen Abstieg schützen, indem der Arbeitsmarkt durch „fremde“ Arbeitskräfte unterschichtet wird.

Um diesen Widerspruch zu legitimieren, greifen die Regierenden und reaktionäre Kräfte auf ein zentrales Instrument zurück: Rassismus. Dieser wird einerseits durch staatliche Behörden mittels rechtlicher Abwertung von Migrant*innen institutionalisiert, andererseits durch rechtsextreme Propaganda und Diskurse stetig befeuert.

Gleichzeitig verschärft sich die Situation auf dem Mittelmeer und zivile Seenotrettung wird immer weiter kriminalisiert. Allein in diesem Jahr sind bereits über tausend Menschen bei der Fahrt über das Mittelmeer gestorben. Doch dies ist nicht mehr der einzige Schauplatz vor den Toren der EU. Auch im Atlantik, auf dem Weg zu den Kanaren und auf der Balkanroute, bahnen sich erneut Krisen an.

Gemeinsam stark gegen Ausbeutung und Unterdrückung

Die Kämpfe für Rechte von Migrant*innen und Geflüchteten müssen zusammengedacht werden. Denn was die Herrschenden wollen, ist eine rigorose Steuerung und Kriminalisierung von Migration. Darauf müssen wir mit Solidarität antworten: Im Kampf gegen den institutionellen Rassismus der Behörden, gegen gewaltsame Abschiebepraxen und gegen die Kriminalisierung von Seenotrettung. Gleichzeitig muss auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von migrantischen Saisonarbeiter*innen für Gewerkschaften und Linke im Vordergrund stehen. Solidarität und Widerstand von Geflüchteten, aber auch Klassenkämpfe von migrantischen Arbeitskräften sind Teil eines gemeinsamen antirassistischen Kampfes gegen die kapitalistische Verwertungslogik, der Profite wichtiger sind als ein gutes Leben für alle. ★

Kenja Felger und **Lukas Geisler** sind aktuell beide in der SDS FU Gruppe und wollen noch erleben wie offene Grenzen für alle Realität werden.

Die Antwort auf die liberale Arroganz heißt Klassenkampf.

– Disarstar in „Verloren“

Disarstar ist Hamburger Rapper und vertritt einen klaren Klassenstandpunkt. Sein Album *Deutscher Oktober* stieg auf Platz 5 in die Charts ein. Als einer von wenigen in der Rapszene steht er offen zu seiner politischen Haltung. Im Interview mit der critica erzählt Disarstar, warum es einen Systemwechsel braucht und welche Rolle Rap dabei spielt.

Warum brauchen wir einen Systemwechsel?

Der Kapitalismus ist ein amoralisches System, das rücksichtslos aus allem Profit schlägt. Ein System, in dem die Verwertungslogik über allem steht. Die Erfolge, die wir im Klimaschutz brauchen, können wir nicht durch Reformen erreichen. Die dem Kapitalismus immanenten Dynamiken sind nicht zu reformieren.

Man kann sich die großen Projekte der letzten Jahre anschauen, die das versucht haben. Diese sind daran gescheitert, den Kapitalismus auf eine soziale Art zu reformieren. Deshalb halte ich die Reformation des Systems für unwahrscheinlicher als seine Überwindung.

Kann Rap eine Rolle bei der Überwindung dieses Systems spielen?

Kunst und Kultur sind maßgeblich an der Entwicklung der Menschheit beteiligt. Als Künstler brauche ich aber nicht auf jede Frage eine Antwort und muss keine realpolitischen Lösungen anbieten. Wenn Kunst polarisiert, kann sie einen dialektischen Prozess in der Gesellschaft auslösen.

Jedoch ist nichts was in meiner Musik passiert eine Neuschöpfung. Ich gebe eine Lebensrealität wieder, die viele um mich herum haben. Diese mache ich einer größeren Masse zugänglich. Die Ideen für den großen gesellschaftlichen Wandel kommen nicht von mir als Künstler, sondern eher von Sozialwissenschaftler*innen, Ökonom*innen oder Philosoph*innen.

Ich glaube, dass der Zeitgeist mir und meinen Themen entgegenkommt. Mein letztes Album war sehr erfolgreich. Die Storys erzähle ich aber schon länger in meiner Musik.

Genau wie in Australien, aber natürlich auch in vielen anderen deiner Tracks. Du kritisierst häufig den neoliberalen Gedanken, dass jede*r für ihr*sein Glück selbst verantwortlich ist. Warum ist es dir wichtig, das zu thematisieren?

Weiß ich auch manchmal nicht (lacht). Ich gehe den schweren Weg. Mit meiner Geschichte könnte ich auch eine astreine, liberale Erfolgsgeschichte erzählen. Ich habe zwar keine Geldsorgen mehr, sehe aber die Leute um mich herum, die noch den gleichen Struggle haben, den ich mal hatte. Ich habe zwei Möglichkeiten: Entweder sage ich, ich bin besser als die und deswegen jetzt da, wo ich bin. Oder ich versuche das gesamtheitlich zu reflektieren und mir zu überlegen: Wieso bin ich da, wo ich bin? Warum sind die da, wo die sind?

Ich habe sehr hart für das gearbeitet, was ich erreicht habe - ohne geht es nicht. Harte Arbeit kann aber auch ins Leere laufen, wenn man nicht die richtigen Menschen, zum richtigen Zeitpunkt, am richtigen Ort trifft. Ich glaube, dass der liberale Gedanke „du bist deines Glückes Schmied“, all das zuvor genannte unterschlägt.

Foto: Tim Erdmann

Braucht Deutschrap einen Systemwechsel?

Im Rap müsste sich all das ändern, was sich auch gesamtgesellschaftlich ändern muss. Die Branche ist wie jede andere einer krassen Verwertungslogik unterworfen. Wenn Sexismus sich gut verkauft, dann ist Rap sexistisch. Wenn sich neoliberale Erfolgsgeschichten verkaufen, dann sind die auf einmal cool. Es geht am Ende ums Geld machen und die Leute, die Geld machen, sind extrem flexibel.

Systemwechsel im Rap ist obsolet, solange es keinen gesamtgesellschaftlichen Wandel gibt.

Und wie können wir diesen erreichen?

Um einen Systemwechsel herbeizuführen, brauchen wir demokratische Mehrheiten. Deswegen ist es wichtig, dass ihr weiter schreibt, dass ich weiter Musik mache und dass wir weiter kämpfen.

Das nicht im Großen, sondern auch im Kleinen, von Angesicht zu Angesicht. Man muss nicht immer die Massen erreichen, sondern sympathisch und empathisch versuchen, seine Inhalte zu vermitteln.

Ich hab viele Kollegen mit denen ich aufgewachsen bin, die oft total politisch unkorrekt sind. Aber ich bin da. Ich kann diese Debatten führen. Die Linke hat das Problem, dass sie da sitzt, wo Linke sowieso schon sitzen. Eigentlich muss sie sich mit unbequemen Positionen auseinandersetzen.★

Das Interview führte Lea Klingberg.

„Mein Name ist Ausländer – ich arbeite hier“

Semra Ertans Politische Lyrik.
TW: Rassismus, Tod, Suizid

Mit diesen Zeilen beginnt eines der bekanntesten Gedichte von Semra Ertan, das letzten Dezember in einem Lyrikband im Verlag edition assemblage erschien. 1982 nahm sie sich im Alter von 25 öffentlich das Leben, als sie sich als Zeichen gegen den zunehmenden Rassismus in Deutschland selbst anzündete. Ihre Gedichte handeln von ihren Erfahrungen als Migrantin, ihrer Wut über die gesellschaftlichen Verhältnisse und Ungerechtigkeiten. Sie bündeln ihren Schmerz, Mut, Visionen der Arbeiter*innen wie auch Hoffnung und mit Zärtlichkeit beschriebene Freund*innenschaften. Lyrik, die bewegt und aktueller denn je ist.

„Mein Pronomen ist Busfahrerin“

Die gemeinsame Kampagne von **FFF** und **Ver.di** zur Tarifrunde im öffentlichen Nahverkehr 2020

Diese Broschüre zeigt Notwendigkeit und Aufbau von Bündnissen zwischen Klimabewegung und Gewerkschaften. Sechs Aktivist*innen von Die Linke.SDS geben Einblicke in eines der spannendsten Beispiele verbindender Klassenpolitik der letzten Jahre in Deutschland. Nach einer Analyse der politischen Ideen innerhalb von *Fridays For Future* wird ein Ansatz sozialistischer Klimapolitik in Theorie und Praxis dargestellt, der nachgeahmt werden sollte. Die Broschüre dazu ist auf www.rosalux.de zu finden.

„Wir sind alle Antifa – Wir sind alle LinX“

So das Motto einer Kampagne aus Leipzig, die sich gegen die Kriminalisierung von Antifaschismus einsetzt. Diese wird von einem breiten Unterstützer*innenkreis aus linken Organisationen und der Zivilgesellschaft getragen. Bei ihrem Kampf gegen die Repression von Antifaschismus setzt sie sich z.B. für die Aktivistin Lina E. ein. Prominente Unterstützer*innen sind u.a. Hengameh Yaghoobifarah, die Rote Flora oder Simin Jawabreh. Mehr Informationen findet ihr in den sozialen Netzwerken oder auf der Homepage www.wirsindallelinx.com.

ANZEIGE

8 Gründe, uns zu wählen

1. Kein Niedriglohn!
2. Pflegenotstand stoppen!
3. Schluss mit der 2-Klassen-Medizin
4. Wohnen bezahlbar machen!
5. Große Vermögen müssen endlich gerecht besteuert werden.
6. Klimagerecht für alle.
7. Niemand fällt unter 1.200 Euro im Monat!
8. Frieden und eine demokratische Gesellschaft.

www.die-linke.de/wahlen

Jetzt!

DIE LINKE.

DIELINKE.SDS

WER WIR SIND UND WAS WIR MACHEN

Mach mit beim SDS!

Der SDS ist der größte sozialistische Studierendenverband Deutschlands. Wir sind an über 60 Hochschulen bundesweit organisiert und laden Dich herzlich ein, mit uns gemeinsam die Hochschulen und die Welt zu verändern!

Diese wird immer ungerechter und die Klimakrise bedroht uns mittlerweile auch in Deutschland ganz akut – der Kapitalismus kann als System nur versagen. Auch der Leistungsdruck an den Hochschulen hat sich durch die Pandemie noch einmal verschärft. Allzu oft werde Studieninhalte auf Verwertungslogik reduziert und kritische Inhalte vernachlässigt. Wir stellen uns dem gemeinsam entgegen und formulieren Visionen für eine bessere Zukunft.

Was wir unter Systemwechsel verstehen, hast Du in dieser Sonderausgabe der critica schon gelesen. Eine solidarische Gesellschaft erreichen wir aber nur zusammen. Dafür braucht es eine starke sozialistische Stimme an den Hochschulen und in der Gesellschaft und vor allem braucht es jede und jeden Einzelne*n. Wir freuen uns auf Dich!

Schau gerne auf unserer Homepage vorbei, komm zu einem der Plena unserer Lokalgruppen und mach mit!

https://linke-sds.org/mitmachen/gruppen

Instagram:
@dielinke.sds
@critica_zeitung

SO ERREICHST DU UNS:
WWW.LINKE-SDS.ORG
INFO@LINKE-SDS.ORG
030/24009134